

Förderer knausert

Die Quote der Geförderten sinkt, die Beträge bleiben hinter dem Bedarf zurück – der Beirat des Bundesbildungsministeriums kritisiert die Zurückhaltung beim BAFÖG.

Der Anteil der Studierenden, die BAFÖG erhalten, ist leicht gesunken – von 2003 bis 2005 um einen halben Prozentpunkt auf 25,1 Prozent. Der Beirat für Ausbildungsförderung kritisiert im Anhang des aktuellen BAFÖG-Berichts der Bundesregierung diesen Rückgang. Zugleich warnt das Beratergremium des Bundesbildungsministeriums vor einem Ausbau der Studienförderung per Darlehen zulasten des BAFÖG, das nur zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Durch die verschiedenen Kreditformen komme es „zu einer Zersplitterung im System der Ausbildungsförderung“. Das Nebeneinander von Staatsdarlehen, KfW-Studienkredit und BAFÖG-Bankdarlehen sei nicht transparent. In vielen Fällen drohe dem akademischen Nachwuchs eine dauerhafte Verschuldung. Die Hauptsorge des Beirats: „Zu befürchten ist, dass Personen aus einkommensschwächeren Haushalten auf diese Weise davon abgehalten werden, ein Studium aufzunehmen.“

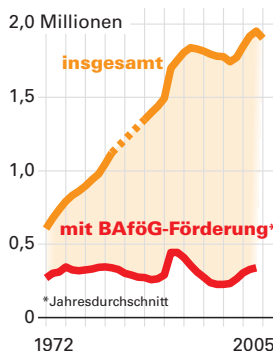
Das Niveau der Förderleistung stagniert seit 2002, obwohl die Bundesregierung bereits in den Berichten der Jahre 2003 und 2005 die Notwendigkeit einer Erhöhung eingeräumt hat. Die BAFÖG-Beträge werden in Anlehnung an die Lebenshaltungskosten und die Arbeitnehmerinnen einkommen ermittelt.

Beide Größen sind in den vergangenen fünf Jahren gestiegen, eine Anpassung der Ausbildungsförderung blieb jedoch zum dritten Mal in Folge aus. Um das Niveau des Jahres 2002 zu erreichen, müssten die Bedarfssätze um 10,3 Prozent steigen. Denn laut Beirat beträgt der tatsächliche Bedarf eines Studierenden 514 Euro – und nicht 466 Euro, wie von der Regierung veranschlagt. Zudem sollten höhere Zuverdienste durch Studentenjobs möglich sein, ehe das BAFÖG reduziert wird, so der Beirat.

Keinen Einfluss auf die Kalkulation der Höhe des BAFÖG haben die Studiengebühren. Denn laut Bundesverfassungsgericht müssen die Länder für die Sozialverträglichkeit der Gebühren sorgen, das BAFÖG ist aber eine Sozialleistung des Bundes. Vom BAFÖG profitierten 2005 insgesamt 345.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen sowie fast 200.000 Schüler an allgemein bildenden und Berufsfachschulen. ◀

Anteil geförderter Studenten nimmt ab

So entwickelte sich die Zahl der Studierenden...



Quelle: Deutsches Studentenwerk 2007
© Hans-Böckler-Stiftung 2007

* Quelle: 17. Bericht der Bundesregierung zum Bundesausbildungsförderungsgesetz
Download unter www.boecklerimpuls.de

Kurz gemeldet

PFLEGEBEDÜRFTIGE werden in Deutschland immer öfter professionell betreut. Zwischen 1999 und 2005 stieg der Anteil der in Heimen versorgten Bezieher von Leistungen der Pflegeversicherung um 18 Prozent. Ambulante Pflegedienste kümmerten sich ebenfalls um einen größeren Teil der Pflegebedürftigen, die Quote stieg um 13,5 Prozent. Das teilt das Statistische Bundesamt mit. Die Statistiker zählten Ende 2005 etwa 2,1 Millionen Pflege-

bedürftige. Ein knappes Drittel von ihnen lebte in Heimen, die übrigen zuhause. Allerdings holten die Angehörigen oft auch dann Profis zu Hilfe, wenn Pflegebedürftige mit im Haushalt lebten. So übernahmen ambulante Pflegedienste die Versorgung von über 470.000 Menschen – mal vollständig, mal zum Teil. Der Pflegesektor beschäftigt insgesamt 780.000 Menschen, viele davon als Teilzeitarbeitskräfte. Pflegekräfte sind meist weiblich. Männer stel-

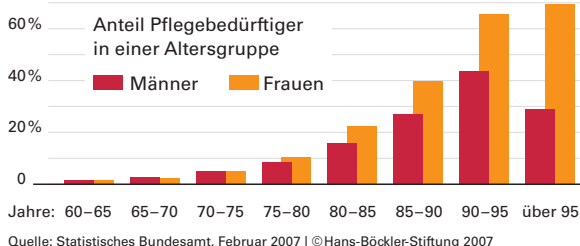
len nur 15 Prozent der Belegschaft in Pflegeheimen, bei ambulanten Diensten noch etwas weniger. Altenpflegerinnen und -pfleger sind selten beim Staat angestellt: Öffentliche Träger bieten nur sieben Prozent der Heimplätze an und haben an der ambulanten Pflege gerade einen Anteil von zwei Prozent. Bei der Heimbetreuung dominieren Träger wie Caritas oder Diakonie, im ambulanten Bereich private Anbieter.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Februar 2007

unrecht bezogene Hartz-IV-Leistungen zurück. Demnach machten Überzahlungen im ersten Quartal 2006 lediglich 0,05 Prozent der Gesamtausgaben für Grundsicherung und Unterkunft aus. Die Arbeitsagentur ermittelte dies durch den automatisierten Datenabgleich mit Versicherungsträgern und Finanzbehörden. Dieses Verfahren deckt auf, ob Grundsicherungsbezieher Einkünfte verschwiegen haben. Nicht überprüfbar sind mögliche Einkommen aus Schwarzarbeit. Enthalten sind hingegen Fälle, in denen die Arbeitsagentur durch eigenes Verschulden zuviel oder zu lange gezahlt hat. Überzahlungen gab es insgesamt in etwa vier Prozent der gut 420.000 geprüften Fälle.

Quelle: WSI, Januar 2007

Pflegeversicherung: Frauen brauchen sie öfter



Quelle: Statistisches Bundesamt, Februar 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Download unter www.boecklerimpuls.de